

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Bau, Wohnen,
Stadtentwicklung und Kommunen

Ausschussdrucksache

19(24)272-A

26.02.2021



Erklärung des Bundesverbandes Mineralische Rohstoffe e. V.

Öffentliche Anhörung zum Thema Bauwende Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

03.03.2021

Ergänzend zur Stellungnahme unseres Dachverbandes bbs – Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e. V., die wir vollumfänglich unterstützen, machen wir auf einen wesentlichen und aus unserer Sicht für die Zukunft der deutschen Bautätigkeit sehr wichtigen Aspekt aufmerksam.

Am Anfang der Wertschöpfungskette „Bauwirtschaft“ stehen die notwendigen Rohstoffe. Alle in Deutschland erstellten Gebäude werden in Hybridbauweise erstellt. Dabei kommen zu rund 75 % Baustoffe aus mineralischen Rohstoffen zum Einsatz. Und auch in Zukunft wird der Neubau von bezahlbaren Wohnungen und die Sanierung von Gebäuden ohne den Einsatz mineralischer Rohstoffe nicht möglich sein.

Deutschland kann sich mit Gesteinsrohstoffen selbst versorgen und ist damit unabhängig von Importen – was besonders auch in Krisenzeiten die Resilienz fördert. Jedoch gestalten sich für die rund 3.000 überwiegend kleinen und mittelgroßen Betriebe der Gesteinsindustrie in Deutschland die Genehmigungsverfahren für die Rohstoffgewinnung zunehmend langwierig und schwierig. Vielfach werden Genehmigungen für Anschluss- oder Ersatzflächen mangels lokaler Akzeptanz sogar verhindert. So hat die Anzahl der Gewinnungsstätten für Kies, Sand, Quarzkiese und -sande und Naturstein in Deutschland in den vergangenen fünf Jahren bereits um 10 % abgenommen. In Kombination mit der anhaltend hohen Nachfrage für den Verkehrswege- und den Wohnungsbau zeigen sich bereits regionale Rohstoffengpässe.

Eine zentrale Aufgabe für die Politik wird es sein, die Versorgung der deutschen Bauwirtschaft mit den notwendigen mineralischen Baustoffen auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sicherzustellen. Die regionale Produktion mit dezentraler Struktur und kurzen Transportwegen zu den Baustellen gilt es zu erhalten. Dafür braucht es politische Unterstützung – auf kommunaler, auf Landes- und auch auf Bundesebene.

Ansprechpartnerin:

Susanne Funk, Geschäftsführerin

E-Mail: funk@bv-miro.org